

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Jürgen Clemens

Erste Parlamentswahl seit 34 Jahren

Am 8. September 2005 wurden die zweimal verschobenen Wahlen zum afghanischen Parlament, *Wolesi Jirga*, sowie zu den 34 Provinzräten durchgeführt. Zur ersten Parlamentsitzung im Dezember 2005 waren mit 68 Frauen unter den insgesamt 249 Abgeordneten sogar mehr als die reservierten 25 Prozent vertreten. Zur Parlamentswahl standen einzig die Kandidaten zur Wahl, Parteien waren nicht zugelassen. Organisiert wurden die Wahlen von einer gemeinsamen Kommission der afghanischen Regierung und der Vereinten Nationen, „Joint Electoral Management Body“ (JEMB). Rund zwölf Millionen Menschen waren zur Wahl registriert, ihnen standen zusammen für beide Wahlen 5.800 Kandidaten, darunter 582 Frauen zur Wahl. Die Wahler-

gebnisse wurden rund zwei Monate nach der Wahl bekannt gegeben.

Nach diesen Wahlen wurde zudem das Oberhaus, *Mesbrano Jirga*, zusammengerufen. Dessen 102 Mitglieder setzen sich zusammen aus je einem Vertreter der 34 Provinzräte, weitere 34 Vertreter der Distrikträte sowie 34 unmittelbar von Präsident Hamid Karzai im Dezember 2005 bestimmten Mitgliedern.

Beide Häuser sind durch ein vielschichtiges Spektrum – von früheren Talibanführern und sogenannten Kriegsfürsten bis hin zu ehemaligen Kommunisten und aktive Frauenrechtlerinnen – charakterisiert.

Detailergebnisse der Wahlen sind unter www.jemb.org publiziert.

Bundeswehkontingent und ISAF-Truppen aufgestockt

Noch vor der Konstituierung des neuen Bundestags beschloss das Vorgängerparlament die Verlängerung des Afghanistanmandates um ein Jahr sowie die Aufstockung des Bundeswehkontingentes im Rahmen der ISAF-Mission auf bis zu 3.000 Soldaten. Die Bundeswehr wird dabei auch das Kommando der ISAF-Region Nord mit Sitz in Mazar-i-Sharif übernehmen. Im Jahr 2006 sollen zudem die Verbände der ISAF (*International*

Security Assistance Force) der NATO von rund 9.000 auf bis zu 15.000 Soldaten aufgestockt werden. Dabei werden diese NATO-Verbände auch Aufgaben im Süden Afghanistans übernehmen, wo zuvor vor allem US-amerikanische Einheiten eingesetzt waren. Die USA werden demnach rund 3.000 Soldaten aus Afghanistan abziehen, da die afghanischen Sicherheitskräfte nun besser ausgebildet seien.

Innenminister tritt zurück

Ali Amad Jalali, einer der wenigen offenen Kritiker des Drogenhandels und Kriegsfürstentums in der Regierung Karzais, trat im September 2005 überraschend vom Amt des Innenministers zurück und wird sich nach TV-Berichten wieder der Forschung widmen.

Erdbeben in Badakshan

Am 13. Dezember 2005 führte ein Nachbeben mit dem Epizentrum im Nordosten Afghanistans und dem Wert von 6,7 auf der Richter-Skala zu Schäden vor allem an Gebäuden sowie zu Tierverlusten. Das Beben wurde auch in den Erdbebengebieten von Kaschmir verspürt.

Tom Koenigs neuer UN-Beauftragter für Afghanistan

UN-Generalsekretär Kofi Annan ernannte den vorherigen Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Tom Koenigs, zum Nachfolger von Lakhdar Brahimi, der sein Amt zum 31.12.2005 aufgab.

... Im Überblick

Internationale Afghanistan-Konferenz in London

Zur Fortsetzung des formell mit den Parlamentswahlen vom September 2005 abgeschlossenen „Bonn Prozesses“ lud die britische Regierung gemeinsam mit Präsident Karzai und UN-Generalsekretär Kofi Annan Ende Januar zu einer zweitägigen internationalen Konferenz nach London ein. Bei dieser Konferenz wurden für die Zukunft Afghanistans unter anderem weitere Finanzzusagen in Höhe von mehr als zehn Millionen US-Dollar

Karzai zum Staatsbesuch in Islamabad

Das fünfte Zusammentreffen zwischen den Präsidenten Afghanistans, Hamid Karzai, und Pakistans, Pervez Musharraf, fand Mitte Februar in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad statt. Vor allem die Bekämpfung des Terrorismus stand auf der Agenda von Hamid Karzai. Die zunehmende Gewalt in Afghanistan – etwa mit Selbstmordattentaten – wird nicht zuletzt auf Verbindungen nach Pakistan zurückgeführt. Demgegenüber bestreitet Pakistan, dass die Anti-Terrorismusanstrengungen noch intensiviert werden könnten. Laut Presseberichten war der afghanische Außenminister Abdullah Abdullah vor der Abreise aber zuversichtlich, dass es zu einer politischen Annäherung an den Nachbarstaat kommen könne. Unmittelbar vor dem Besuch Karzais wurden als Geste des guten Willens 500 Afghanen auf freien Fuß gesetzt, die in Pakistan als mutmaßliche illegale Einwanderer inhaftiert waren.

negativ bemerkbar. Die meisten der befragten Personen dieser kleinen Einwanderergruppe in Deutschland konnten sich Deutschen aufbauen. Oft beziehen sie sogar ihr Zugehörigkeitsempfinden auf Deutschland.

Zu diesem hohen Maß an Integration in die Aufnahmegesellschaft gibt es aber keine wachsende Gruppensolidarität und erteilt. Im so genannten „Afghanistan Compact“ haben die drei Seiten – Regierung, UNO und Staatengemeinschaft – ihre politische Agenda für die nächsten fünf Jahre abgestimmt. Zudem stellte die afghanische Regierung dort der internationalen Gemeinschaft die vorläufige Entwicklungsstrategie vor, in der unter anderem Strategien für die Regierungsführung und gegen den Drogenhandel entworfen wurden.

Demonstrationen gegen den Abdruck von Mohammed-Karikaturen

In Afghanistan haben Demonstrationen gegen den Abdruck von Mohammed-Karikaturen in europäischen Medien mindestens 15 Todesopfer gefordert. Diese Karikaturen gelten gemeinhin als eine Verletzung der religiösen Empfindungen der Afghanen. Indizien lassen laut Presseberichten jedoch darauf schließen, dass dies nur selten spontane Demonstrationen waren. Vor allem gewalttätige Demonstrationen werden auf die Instrumentalisierung durch lokale Interessen zurückgeführt. Dabei wird die Rolle der Regierung von Beobachtern als zwiespältig bewertet, zum einen hat sie öffentlich zur Deeskalation beigetragen und andererseits sah sie sich offensichtlich aus Rücksicht auf die religiöse Einstellung im Land gezwungen, diese Karikaturen zu kritisieren.

Blutiges Jahr 2005

Seit dem Sturz der Taliban gilt das Jahr 2005 als das mit den höchsten Opferzahlen durch politische Gewaltakte. Neben den Schwerpunkten der Gewalt im Süden und Osten wurden landesweit vermehrt Selbstmord- und Autobombenattentate bekannt, denen auch zahlreiche Zivilisten zum Opfer fielen. Im Dezember wurde auch das Parlamentsgebäude in Kabul unmittelbar vor der geplanten Parlamentsöffnung Ziel eines Autobombenattentates, bei dem die beiden mutmaßlichen Attentäter starben.

Afghanistan achtetes SAARC-Mitglied

Einstimmig wurde Afghanistan in Dhaka während des SAARC-Gipfeltreffens in den Kreis des 1985 gegründeten südasiatischen Kooperationsrates aufgenommen. Der indische Premierminister Manmohan Singh erklärte hierzu, dass Afghanistan aufgrund der kulturellen Gemeinsamkeiten ein natürlicherweise geeignetes Mitglied sei. In Afghanistan wird diese Mitgliedschaft als wichtiger Schritt aus der Isolation betrachtet, der letztlich auch zu einem Wirtschaftsaufschwung führen soll. Diese Erwartungen werden jedoch nicht allgemein geteilt.